



VISUALISIERUNG | Foto: Plan b

Stuttgart 21 erst 2030 am Start? Weiter kein fixes Datum

26. Februar 2026, 20:35

Das Stuttgart 21 nicht rechtzeitig fertig wird, ist für die Menschen in Stuttgart inzwischen Routine. Medien berichten nun von weiteren Verzögerungen. Was die Bahn sagt.

Medienberichten zufolge droht dem Bahnprojekt Stuttgart 21 eine weitere jahrelange Hängepartie – nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur steht allerdings weiter kein konkretes Eröffnungsdatum fest. Die *Stuttgarter Zeitung* berichtet, dass der neue Stuttgarter Bahnknoten nicht vor 2029 in Betrieb gehen soll. Der SWR beruft sich auf Insider des Projektes, wonach die komplette Inbetriebnahme nicht vor 2030 sein werde.

Ein Bahnsprecher sagte: „Zu den genannten Spekulationen äußern wir uns nicht.“ Es bleibe dabei, dass man beauftragt sei, bis spätestens Mitte 2026 ein neues Inbetriebnahmekonzept zu erarbeiten.

Nach dpa-Informationen wurden die von den Medienberichten genannten Daten in Projektkreisen diskutiert, ein konkretes Datum für die Eröffnung der verschiedenen Teile des milliarden-schweren Projektes soll es aber bislang nicht geben.

Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) sagte, die erneute Verschiebung sei bislang eine Meldung von Medien und kein Zeitplan der Bahn. „Meine Erfahrung aus vielen Jahren mit diesem Projekt ist aber: Was vorab durchsickert, wird am Ende oft Realität.“ Auch das Land habe Kontakte und wisse, dass es bei der digitalen Schiene klemme. Es fehle eine klare langfristige Perspektive für die Unternehmen, die digitale Stellwerkstechnik herstellten. „Das ist ein wesentlicher Grund für die Verzögerungen“, so Hermann.

Gastel: Projekt wird immer mehr zum „Desaster“

Zu den Gerüchten rund um Stuttgart 21 äußert der Berichterstatter für Bahnpolitik der Grünen Bundestagsfraktion, Matthias Gastel, Unverständnis. „Stuttgart 21 entwickelt sich immer mehr zu einem Desaster, mit dem sich Deutschland in der Welt blamiert. Diejenigen, die damals bei Land, Stadt und Region verantwortlich waren und sich über alle Bedenken hinweggesetzt hatten, müssen sich jetzt mal dazu äußern.“ Das Schlimmste sei noch nicht einmal die erneute Zeitverzögerung und die vermutlich folgende Kostenexplosion – sondern, „dass der neue Bahnknoten nicht die Voraussetzungen für einen leistungs- und ausbaufähigen Bahnverkehr bieten wird. Nur durch weitere geplante Ausbauten, die die Grünen durchgesetzt haben, wird der Knoten leistungsfähig“, betonte Gastel. Die Digitalisierung sei ein Grund für die Verzögerung. Diese könne aber nicht in Frage gestellt werden. „Jedoch muss der Deutschen Bahn eine gewisse

Lustlosigkeit und der Bundesregierung die gezielte Sabotage bei der Digitalisierung der Schiene vorgeworfen werden. Die Digitalisierung kann nur mit einem durchfinanzierten Plan für das deutsche Schienennetz gelingen. Einen solchen gibt es aber nicht. Diese Bundesregierung spart beim Ausbau der Schiene und hat bei deren Digitalisierung eine Vollbremsung hingelegt. Unternehmen, die in diesem Bereich aktiv sind, haben daher das Interesse an Deutschland verloren.“

Klauß: Neuerliche Verschiebung offenbart “Totalversagen”

Der verkehrspolitische AfD-Fraktionssprecher Miguel Klauß erklärte dazu: „Die neuerliche Verschiebung ist ein Desaster und offenbart das Totalversagen von Verkehrsminister Hermann (Grüne) und den Bahn-Verantwortlichen. Die Bürger erwarten zu Recht Transparenz über Ursachen, Mehrkosten und konkrete Konsequenzen. Verkehrsminister Hermann steht in der Verantwortung, die Interessen des Landes gegenüber der Deutschen Bahn klar zu vertreten und nun endlich auf belastbare Zeit- und Kostenpläne zu dringen.“ Diese Baustelle werde “zu einem Schandfleck” für das Land, so Klauß.

Auch Teileröffnung kürzlich abgesagt

Im November war bekanntgeworden, dass auch die für Ende 2026 geplante Teileröffnung des neuen Tiefbahnhofs in der baden-württembergischen Landeshauptstadt nicht zu halten sein wird. Als Grund für die erneute Verschiebung nannte Bahnchefin Evelyn Palla damals Probleme bei der Digitalisierung des Bahnknotens.

Ein neues Datum für den Start hatte es nach der Bekanntgabe der erneuten Verschiebung zunächst nicht gegeben. Stattdessen hatte Palla eine umfassende Überprüfung des Projektes angekündigt, an deren Ende ein neuer Termin genannt werden sollte. Bis Mitte 2026 will die Bahn das neue Inbetriebnahmekonzept fertig haben.

Inbetriebnahme schon häufig verschoben

Gebaut wird an dem Projekt bereits seit 2010. Der tatsächliche Start war bereits mehrfach verschoben worden, zuletzt auf Dezember 2026. Bei Abschluss der Finanzierungsvereinbarung im Jahr 2009 war man von einer Eröffnung 2019 ausgegangen.

Das Projekt Stuttgart 21 steht nicht nur für den Bau des neuen Hauptbahnhofs in der Landeshauptstadt, sondern für die komplette Neuordnung des Bahnknotens Stuttgart. Gebaut werden neue Bahnhöfe – etwa ein neuer Fernbahnhof am Flughafen –, Dutzende Kilometer Schienenwege und Tunnelröhren, Durchlässe sowie Brücken.

Komplette Digitalisierung des Bahnknotens macht Probleme

Das Bahnprojekt Stuttgart–Ulm schließt neben Stuttgart 21 auch den Neubau der bereits 2022 eröffneten Schnellfahrstrecke Wendlingen–Ulm ein. Herzstück von Stuttgart 21 ist der neue unterirdische Hauptbahnhof, der im Gegensatz zum bisherigen Kopfbahnhof ein Durchgangsbahnhof sein wird.

Im Rahmen von Stuttgart 21 wird der Bahnknoten in Stuttgart zugleich als erster bundesweit komplett digitalisiert. Züge des Fern- und Regionalverkehrs sowie S-Bahnen sollen dann mit dem digitalen Zugsicherungssystem ETCS fahren – und zwar nur damit. Klassische Lichtsignale werden im Stuttgarter Bahnknoten nicht mehr verbaut. Die Arbeiten gestalten sich aber komplizierter als gedacht und waren auch mit ein Grund für die erneute Absage des letzten Starttermins.

Auch die Kosten für das Projekt haben sich über die Jahre steil nach oben entwickelt. In einem Finanzierungsvertrag aus dem Jahr 2009 ist nur die Verteilung von Kosten bis zu einer Höhe von gut 4,5 Milliarden Euro geregelt. Zuletzt bezifferte die Bahn die Kosten auf rund 11,3 Milliarden Euro. Die Mehrkosten muss die Bahn einem Gerichtsurteil zufolge alleine tragen.